

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdetsdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementpreis des Quartals 60 Pfg. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung eines Kreuzbundes
1,20 RM.

Bestandtheilhaber erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdetsdorferstr. 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 23.

Berlin, den 9. Juni 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Frühjahrsagitration!

Inhaltsverzeichnis.

„Der Gewissenswurm.“ — Die Gemeinde als Arbeitgeber. — Sozialdemokratischer Ruf nach Religion. — Rundschau: Sozialpolitik über die deutschen Arbeiterverhältnisse. Der neue deutsche Arbeiterkongress der christlich-nationalen Arbeiterchaft. — Stellung zu dem Bund Vaterländischer Arbeitervereine. Ist die Arbeiterfrage einkommensteuerpflichtig? Die Folgen der Lohnkürzung. Wieviel ist die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit für den arbeitslosen Arbeiter wert? Somaas nennt man Erwerbslosentum. Ein Zwischenfall. — Wirtschaftliche Bewegung. — Arbeitsbeschaffung. — Einiges über Vorland-Zement. — Ausländische Organisationen. — Soziale Wahlen. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Terminkalender. — Sterbetafel. — Anzeigen.

„Der Gewissenswurm.“

Motto: Jahrelang schöpften wir schon in
das Steh und brühen den Stein aus;
aber das Steh wird nicht voll, aber der
Stein wird nicht warm. (Die Danaiden).

Es mag ein unendlich bitteres Gefühl sein, wenn Arbeiter einer Idee, von welcher sie die himmelstürmende Bedeutung haben, sie würde die Welt mit ihren gesellschaftlichen Verhältnissen von Grund aus umwälzen, auf welcher sie vollständig neu aufgebaut werden soll, wo es „eine neue“ und „ein neues“ mehr gibt, also gleichsam ein „Neuer“, wenn diese Arbeiter von ihren Mitkämpfern „altmännlich menschlicher“ Weise behandelt werden, ja wenig Respekt vor der „Menschenwürde“ zeigt, aber die „Gewalt“ von der „Engelnatur“ vermerken läßt. Warum wir das anführen? Der Artikel in Nr. 19 der „Baugewerkschaft“, „Des Klassenkampfes Frühling“ hat uns „wunde Stellen“ beim „Grundstein“ getroffen, das man uns lebhaft nachfühlen. Und wenn er sich dagegen zu wehren versucht und das „richtige“ „seines Systems“ zu plausibel machen möchte, so finden wir das begrifflich, aber darum wird es nicht besser. Die ganze Verlegenheit offenbart sich aber in dem, daß man eine Begebenheit, wo ein Christlicher vor einem Unternehmer „durch die Gatten“ gegangen sein soll, als Beweis heranziehen will. Wenn wir da reden wollten, wo auch Sozialdemokraten nach dem bekannten Spruch: „Vorlicht ist besser als Tapferkeit“, oder nach dem: „Es ist besser es heißt, als läuft er“, als, dort liegt er“, gehandelt haben, was liegt da von der Logik des „Grundstein“ übrig?

Das Blatt glaubt nun dieses zum Anlaß nehmen zu sollen, uns dahin zu belehren, daß wir uns mit unseren Kollegien auf vollständig falschem Wege befinden, daß wir dadurch keine Männer, sondern Sklaven erziehen werden und schreibt:

„Diese Furcht vor dem Unternehmer, oder sagen wir: dieser übertriebene Respekt ist bei diesem christlichen „Selbst“ gar nichts Befehlendes. Er steht eben unter dem Banner der ganzen christlichen Demutlehre, die in dem Gehot, wenn man eine Handpfeile auf die rechte Wade bekommen hat, auch noch die linke hinzuhaken, ihren brasilischen Ausdruck findet. Die ganze christliche Lebensauffassung ist von dieser Demutlehre durchdrungen und auch in den christlichen Gewerkschaften wirkt sie, wenn sie auch in der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit wenig zur Geltung kommt.“

Demgegenüber wird dann die eigene sozialdemokratische Erziehungslehre in folgendem glosiert:

„Wir rufen die Massen auf zum Kampf gegen die Ausbeuter; wir fordern sie auf, sich von dem Einfluß aller Autoritäten freizumachen, damit sie selbst die Autorität werden können. Sie muß mit der überlebensfeinsten Denkwelt, das nur Willen und Gehorsam ihr Was und ihre Pflicht sei, brechen; sie soll erkennen, welche wichtige Rolle sie im modernen Produktionsprozess spielt und welche Rechte sich daraus für sie ergeben, und sie soll den Willen haben, sich diese Rechte durch Kampf zu erringen.“

Diese Waffen gehören zum eisernen Bestand der sozialdemokratischen Waffenkammer, obwohl sie ihnen heute schon als solche zu einem „Karaffini“ erscheinen sollten. Wir haben aber auch der Meinung, daß der „Grundstein“ sich nicht seiner Autorität verweigere, die auch konsequent „eigene Autorität“ voraussetzt, bedenktlich dem Anarchismus nähert. Denn etwas anderes will derselbe nicht, weder eine geistliche noch eine weltliche, vielmehr ist jeder selbst Autorität und soll tun und lassen können was er will.

Wenn wir trotzdem heute auf die Schreiererei des „Grundstein“ eingehen, so geschieht es deshalb, weil eines der wichtigsten Unterscheid in der Lebensauffassung der Arbeiterkämpfer unterseits, um die „Waffen“ des Sozialismus zu beleuchten. Als weiterer Grund kommen die Ereignisse der letzten Zeit, die sich als ein Ausflug

ber sozialdemokratischer Erziehungslehre kennzeichnen, hinzu, welche dem Ganzen ein aktuelles Interesse verleihen. Fragen wir zunächst: Was hat der Sozialismus mit seiner Erziehungsmethode erreicht? Er hat eine nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit allen übrigen Verhältnissen unzufriedene Masse erzogen, die er aber selbst nicht zufrieden zu stellen imstande ist. Er hat die Masse losgelöst von jedem Glauben an ein höheres Wesen, und sie nur auf das Diesseits verwiesen, auf ein Diesseits, in dem es weder vollkommene Zufriedenheit noch Befriedigung gibt. Er hat Tausende in den Kampf geführt und den tiefsten Haß gegen alles, was nicht seiner Meinung ist, in deren Herzen gepflanzt. Die Wahl der Mittel war nicht immer die beste, und weit weit von dem „Nernst gerecht sein“ ab. Es wurde der Kampf geführt gegen alle und jede Autorität, ohne die nun einmal jede menschliche Einrichtung nicht auskommen vernag.

Und das Resultat? Eine Masse, die nur „sich“ kennt, die Opfer in der Hauptsache nur unter dem eingepflanzten Haße gegen die anderen Klassen bringt, die aber auch die eigenen Führer niederzutreten broht, sobald sie ihr nicht zu Willen sind, und mögen daselbst die triftigsten Vernunftgründe ins Feld geführt werden. Da werden keine Verdienste anerkannt, nur die Leidenschaft herrscht, von der schon Schiller sagt: Jedoch das schrecklichste der Schreden, das ist der Mensch in seinem Wahne.

Das ist das Resultat, und wahrlich kein glänzendes.

Sollen wir etwa der Sozialismus darum beneiden? Wahrlich nicht. Demgegenüber steht die hohe Lebensauffassung des Christen. Ihm ist der Mensch ein höheres Wesen, zu höheren Zielen bestimmt. Die Auffassung des Christentums von der „Menschenwürde“ ist eine so hohe und ideale, daß ihr der Sozialismus nichts, aber auch gar nichts gegenüberzustellen hat. Pflichten und Gerechtigkeit, aber auch in unabwendbare Schicksalsschläge ergebene Demut, das sind Grundzüge des Christentums, und der sie uns gegeben, ist für alle am Kreuze gestorben.

Pflichten! Die Arbeit ist des Menschen Pflicht, und er tut sie nicht allein für sich, sondern für seine Familie und seine Nebenmenschen. Die Arbeit ist die Quelle des leiblichen Fortkommens und soll sie die Zweckbestimmung erreichen helfen, die dem Menschen gesetzt ist. Und die Arbeit ist geübt worden durch Christus selbst, indem er sich zuerst den Armen zuwandte, ihr dadurch einen höheren Wert verlieh und sie des bitteren Stachelns beeraubte.

Und ist das menschliche Leben überhaupt etwas anderes als ein Leben der Pflicht? Und bedarf der Mensch in diesem Leben nicht des Haltes und Trostes, aber auch einer Ausfüllung auf Belohnung für treue Erfüllung der Pflicht? Wir gehen von dem aus, daß jedes Ding seinen Schöpfer haben muß, daß Gott die Welt und den Menschen erschaffen, daß er in des Menschen Herz ein Gewissen gepflanzt hat, das unterscheiden kann, was gut und böse ist, daneben den freien Willen und sein großes gewaltiges Gesetz. Das lehrt ihn die große Zweckbestimmung des Menschen erkennen, und wie traurig muß es in den Herzen derjenigen aussehen, die mit ihm zerfallen sind. Wissen die Zweifel an die letzten Dinge ihnen das Leben nicht zur Qual machen? Wer sagt ihnen mit Bestimmtheit, daß mit dem Grabeshügel alles abgeschlossen ist? Wozu dann aber dieses Leben voll Kämpfernissen und Sorgen.

Gerechtigkeit! Wir treten ein für Gerechtigkeit auf allen Gebieten und sind bereit, dafür — zu kämpfen. Ein Recht wäre es, der es nicht täte. Wer verlangt von uns Gerechtigkeit selbst und wer gibt uns das Recht, gegen Ungerechtigkeit anzukämpfen? Dieses ist niedergelegt in dem christlichen Sittengesetz und dessen Morallehren. Und jene „Demut“, von welcher der „Grundstein“ schreibt, wäre eine solche, welche mit der christlichen Pflicht direkt in Widerspruch läge.

Wer aber von anderen Gerechtigkeit verlangt muß auch selbst gegen diese gerecht sein. Wir erkennen daher die Stellung des Unternehmers grundsätzlich an, auch daß er Herr in seinem Hause und seinem Betriebe ist. Wir verlangen nur, daß er auch unsere Rechte, die unser Leben und Gesundheit und das wirtschaftliche Fortkommen sichern, anerkennt. Und dafür sind wir auch bereit zu kämpfen, gegen das christliche Sittengesetz verstößt dieses nicht. Dieses Klassenkampf zu nennen, würde eine Unwahrheit in sich selbst sein. Und darin liegt der große Unterschied zwischen uns und der Sozialdemokratie, deren Kampf darauf gerichtet ist, eine andere Klasse zu beseitigen. Dieses Bestreben muß mit anderen Fundamentalgriindungen des Christentums, z. B. des Eigentums, in Konflikt kommen und ist daher direkt ungiltig.

Wir verlangen auch, daß unsere Mitglieder dem Unternehmer sowie allen anderen gegenüber gerecht sind. Der Unternehmer hat das Recht, für bezahlten Lohn auch Arbeit zu verlangen, und obliegt daher unseren Mitgliedern die Pflicht, auch darin gerecht zu sein. Und wir

vergönnen es dem Arbeitgeber durchaus nicht, wenn er einen entsprechenden Gewinn erzielt, im Gegenteil!

Autorität! Da wir der sicheren Ueberzeugung sind, daß keine menschliche Einrichtung ohne Autorität bestehen kann, darum unterwerfen wir uns ihr. Wir erkennen sowohl die weltliche wie die geistliche Autorität an, aber auch für diese gilt das christliche Sittengesetz. Wir verlangen auch, man unsere Autorität, unsere Arbeiterwürde und Bürgerrechte, achtet. Und jeder ist von einem Höheren auf seinen Platz gestellt, er hat dort die ihm gesetzten Pflichten zu erfüllen, und dafür trägt er die Verantwortung. Autoritätslosigkeit aber ist in jeder Form Anarchismus. Das tut unserer demokratischen Einrichtung in unserer Organisation keinen Abbruch.

Das sind unsere Grundzüge und dafür treten wir ein. Das kann keine Sklaven erzeugen, wie der „Grundstein“ meint, im Gegenteil: wahre, freie Menschen. Wir stellen uns unsere Mitglieder vor als Männer, die aus Ueberzeugung glauben, die von den Grundzügen des Christentums durchdrungen sind und danach leben. Männer, die ihre Pflichten kennen und für Gerechtigkeit eintreten, und zwar offenen Mutes. Dagegen erkennen wir die bestehenden Institutionen an und versuchen, in ihnen uns zu betätigen.

Freiheit sei der Zweck des Zwanges,
Wie man eine Pebe bindet,
Daß sie, statt im Staub zu kriechen,
Froh sich in die Lüfte windet.

Eine geistig und sittlich hochstehende Arbeiterchaft, das ist unser Ziel und Streben, dieses können aber niemals Sklaven sein.

Was hat demgegenüber die Sozialdemokratie aufzuweisen? Sie wollte die Menschheit zu höheren Zielen führen, und was hat sie geschaffen? Geschaffen hat sie nur Erklaren ihrer Leidenschaft, das war die Frucht ihrer Erziehung. Das mag bitter sein und das Gewissen wachrufen, aber geändert wird dadurch nichts. Danaidenarbeit.

Die Gemeinde als Arbeitgeber.

„Die Aufgaben der Städte als Arbeitgeber“, war der Gegenstand eines Vortrages, den der Beigeordnete der Stadt Straßburg (Elsaß), Dr. Leoni, auf der Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses (22. Mai) gehalten hat. Dieser Vortrag ist, ganz abgesehen von der ihm zugrunde liegenden, weitgehenden sozialen Auffassung, deshalb besonders bemerkenswert, weil er nicht das Resultat theoretischer Spekulation, sondern die Frucht aus der Praxis geschöpfter Erfahrungen darstellt. Dr. Leoni charakterisierte darin zumeist das, was die Stadt Straßburg, als die führende auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik, schon seit geraumer Zeit größtenteils durchgeführt hat. Wir geben nachstehend die Leitgedanken des Vortragenden wieder:

„Mehr und mehr wächst heute wieder die Zahl der kommunalen Regiebetriebe. Damit ist die Stellung des städtischen Arbeiters zu einem wichtigen Problem der Sozialpolitik geworden. Was die Arbeitszeit anbelangt, so haben in England die Kommunen den Achtstundentag durchgeführt. In Deutschland ist die zehnstündige Arbeitszeit noch die Regel. Es ist daher zunächst als Uebergang zum Achtstundentag die neunstündige Arbeitszeit zu erweisen. In kontinuierlichen Betrieben, d. h. solchen, in denen mit wechselnden Schichten 24 Stunden ununterbrochen gearbeitet wird, läßt sich der Achtstundentag sofort durchführen. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet die Urlaubsgewährung. Schon jetzt gewähren 66 deutsche Städte Urlaub von 3-10 Tagen.“

Was die Lohnfrage angeht, so ist die erste Forderung der Sozialpolitik, die nach Gleichmäßigkeit des Lohnes. Der Lohn, den die Gemeinde zahlt, soll im Winter derselbe sein, wie im Sommer. Für die Gleichmäßigkeit des Lohnes ist weiter erforderlich die Bezahlung der Feiertage, die in die Woche fallen, und die unterfährte Lohnzahlung während Krankheit und Invaldität. Sie wird herbeigeführt durch eine ergänzende städtische Pension zu den staatlichen Renten. Die zweite Forderung ist die nach der Berücksichtigung des individuellen Bedarfs der Arbeiterfamilie. Der freie Arbeitsmarkt differenziert den Lohn nur nach den Berufen und eventuell nach der Wichtigkeit des einzelnen Arbeiters. So erhält der unverheiratete Arbeiter einen Lohn, der reichlich für ihn, viel leicht schon zu reichlich ist, weil er nachher als Familienvater auch nicht mehr bezieht und dann auf Luxusbedürfnisse verzichten muß, die er einmal zu befriedigen gewohnt war. Deshalb ist die Stadt Straßburg dazu übergegangen, den Familienstand ihrer Arbeiter zu berücksichtigen. Sie zahlt den Verheirateten mehr wie den Ledigen und den Verheirateten Zuschläge, während mit der Kinderzahl.

Die dritte Frage endlich ist die: Wie hoch soll überhaupt der Lohn der städtischen Arbeiter sein im Verhältnis zum Lohn des freien Verkehrs? Die Forderung ist, daß

Dieser Vorgang ist um so beachtenswerter, als der Mann dieser Meldung offenbar sein Unglück selbst verschuldet hat. Für die Handwerkerorganisation wird der Vorfall offen-

Wieviel ist die gesetzliche garantierte Koalitionsfähigkeit eines sarabatischen Hüttenarbeiters wert?

Der „Bergknappe“ schreibt: „20. März — in Worten: Pongyig März — nicht mehr

Hebes Mitglied des Hüttenarbeitervereins Böllingen

Was nennt man Gehäulichkeit.

Mit welcher Rechtfertigung von sozialdemokratischer Seite

Bezirk Karlsruhe.

Offenburg, den 27. Mai 1907. Auf unsere Forderungen

Bezirk Hagen.

Menden. Im Laufe des vorigen Jahres wurde nach vor-

Ein Zwischenfall.

In der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ brachten

Berner läßt sich der „Arbeiter“ von Bielefeld schreiben:

Bei unserem Kirchenbau waren fast nur kathol. Maurer

Die „autonomin“ Vorkämpfer der „christlichen“ Unternehmer

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer, Dachbeder,

Bezirk Karlsruhe.

Offenburg, den 27. Mai 1907. Auf unsere Forderungen

Bezirk Hagen.

Menden. Im Laufe des vorigen Jahres wurde nach vor-

geburtens und wie stellen sich die Kollegen von Menden dazu?

Bezirk Frankfurt a. M.

Fulda. Nach einmütiger Verhandlung am 27. Mai

Bezirk Hagen.

St. Ingbert. Nach vierwöchentlichem Kampfe wurde der

Bezirk Hannover.

Verford. Zur Aufklärung auf die Schimpereien des

Bezirk Hannover.

Verford. Zur Aufklärung auf die Schimpereien des

gefallen im ersten Gofellenjahre unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung, aber nicht unter 33 Pf. pro Stunde. Ueberstunden werden mit 20 Prozent, Nacht, Wasser- Sonntags- und Feuerungsarbeiten mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Für Ueberlandarbeiten bis 5 Kilometer Entfernung werden 5 Pf. für weitere Entfernung 10 Pf. pro Stunde Zuschlag gewährt. An den Vorabenden der hohen Festtage ist um 4 Uhr Feierabend, bei 10stündiger Lohnzahlung. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1. April 1908.

Wendelsstein. (Steinarbeiter.) Vor einigen Wochen wurde eine Kommission bei dem Steinbruchbesitzer Herrn Jengel vorstellig, um eine Erhöhung des Akkorblohnes zu erlangen. Durch das freundliche Entgegenkommen des Arbeitgebers wurde eine Erhöhung des Lohnes von 60 Pf. bis 1 Mk. pro Tag erreicht. Kollegen, an euch liegt es nun, das Erreichte festzuhalten, darum halbet zusammen mit dem Wahlpruch: **Keinwärts nimmer!**

Streikversicherung.

Die Frage der Schadloshaltung bei Streiks und Aussperrungen ist eine die Interessen der Unternehmer engberührende und daher vielumstrittene. Es fand dieserhalb neuerdings eine Versammlung der Internationalen Vereinigung für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre statt, in welcher der stellvertretende Geschäftsführer des Zentralvereins Deutscher Industrieller, Regierungsrat Prof. Dr. Eugen Leidig-Weil, einen eingehenden Vortrag über Streikversicherung hielt. Wir entnehmen demselben nach den Mitteilungen verschiedener Tageszeitungen das Folgende:

„Das 19. Jahrhundert, so etwa führte der Redner aus, habe mit dem Aufschwung der Großindustrie fast gleichzeitig gewerkschaftliche Organisationen der Arbeitnehmer geschaffen. Zwei dieser Organisationen sei, einmal die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch Erzwingung höherer Löhne und bestmögliche Arbeitsbedingungen zu bessern, andererseits aber auch parteipolitische Vorteile zu erreichen. Die größten Arbeitnehmerverbände bestehen in der Metallindustrie, Holz- und Textilindustrie. Hierzu kommen noch die Organisationen der Bauhandwerker. Diesen Organisationen gegenüber haben sich die Arbeitgeber genötigt, sich ebenfalls zu organisieren, um Streiks nach Möglichkeit mit Erfolg abzuwehren. Da den Arbeitnehmern die Verhinderung des Zuganges der Produktion von Streikposten und vielfach eine große Kasse zur Verfügung stand, so haben sich die Arbeitgeber genötigt, zu dem Mittel der Arbeitsaussperrung zu greifen, um dadurch die Kassen der Arbeitnehmerorganisationen nach Möglichkeit zu schwächen und die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen. Allein trotz alledem wurden die kleinen und mittleren Fabrikanten durch Streiks ganz erheblich geschädigt. Die Großindustriellen waren weniger davon betroffen, diese seien in der Lage, sich eher selbst zu schützen. Jedemfalls waren die Arbeitgeber genötigt, bei Arbeitsverträgen eine Streiklausel zu schaffen, um nicht auf Gnade und Ungnade den Arbeitnehmern ausgeliefert zu werden. Allein nichtabsetzbarer werden durch einen Streik kleinere und mittlere Arbeitgeber noch immer ganz erheblich geschädigt, da die Generalunkosten weitergehen, auch wenn der Betrieb stillsteht. Die Arbeitgeber haben sich daher seit etwa zwei Jahren eine Streikversicherung geschaffen, die auch schon einen gewissen Erfolg gezeigt habe. Er könne der Streikversicherung nur innerhalb der Organisation das Wort reden. Er könne es nicht billigen, daß wie vorgeschlagen werde, vielleicht eine ausländische Versicherungsgesellschaft mit der Streikversicherung beauftragt werde. Es dürfte alsdann nicht ausbleiben, daß die Arbeitnehmer etwas Nennliches schaffen. Dann werde der Kampf nicht mehr auf sozialpolitischem Gebiete zwischen den beiden Interessentengruppen, sondern zwischen den zwei Versicherungsgesellschaften geführt werden. Und diejenige Gesellschaft, die den größten Fonds habe, werde den Sieg davontragen. Dies wäre ein nicht erwünschter Zustand. Er sei auch nicht dafür, daß die gesamten, sondern nur ein Teil der durch den unerschuldeten Streik entstandenen Generalunkosten ersetzt werde. Im Grunde genommen müsse der Kampf auf sozialpolitischem Gebiete geführt werden, nur dadurch sei es möglich, eine Einigung zu schaffen. Nach dem Vorbilde Deutschlands begannen die Arbeitgeber in Oesterreich und Rußland Streikversicherungen zu organisieren. Jedemfalls sei zu wünschen, daß die Waffen der sich feindlich gegenüberstehenden Organisationen baldigst den sozialen Frieden herbeiführen werden.“

Dr. Leidig stellt demnach auf dem Standpunkt, den die Arbeiterorganisationen seit ihrem Bestehen einnahmen und praktisch betätigen, denn anders kann man es nicht bezeichnen. Dadurch bleiben Kämpfe selbstverständlich auf den Kreis beschränkt, den sie betreffen, und werden nicht etwa auf dritte übertragen, wie es eine Versicherungsgesellschaft darstellen würde. Auch auf der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe wurde die Frage der Streikversicherung als noch nicht spruchreif bezeichnet. Und zweifellos hat dieselbe große Schwierigkeiten. Eine versicherungstechnische Grundlage bietet sich für dieselbe wohl kaum, ohne die aber eine Versicherung nicht ins Leben gerufen werden kann. Eine solche auf dem Umlageverfahren beruhend, würde mit der von Dr. Leidig vorgeschlagenen am letzten Ende auf ein hinauslaufen und dazu bedürfte es keiner Gesellschaft.

Eine weitere Bedingung einer derartigen Versicherung würde sein, daß vorher alles versucht werden müßte, um den Kampf zu vermeiden, und dazu sind Verhandlungen mit den Arbeitern und deren Führern unumgänglich. Letzteres wollen aber unsere Großindustriellen nicht, von der materiellen Unterbindung der Streitpunkte ganz abgesehen. Und mindestens würde eine Versicherungsgesellschaft verlangen, in eine Prüfung der letzteren eintreten zu können; lebendig schon aus dem Grunde, Willkürlichkeiten vorzubeugen. Und welche Stellung sollte eine solche gegenüber Solidaritätsaussperrungen, wie wir sie namentlich in den letzten Jahren in der Metallindustrie gesehen haben, einnehmen?

Das sind Schwierigkeiten, die nicht leichter Hand abzuwehren werden können. Eine glückliche Lösung derselben würde allerdings von weittragender Bedeutung für die Arbeiterorganisationen werden. Aber bis dahin hat es noch nicht geschafft.

Etwas was nicht vorkommen soll.

Vor einiger Zeit gingen uns eine Anzahl Zuschriften aus dem Saarrevier zu, welche die Behauptung ausstellten, in den Saarstädten bestelbe dem offiziell bekannten, zwischen Arbeitgeber und Arbeitern im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifvertrag ein Geheimvertrag, welcher manche Bestimmungen des bekannten Vertrages aufhebe. Da uns dieses unwahrscheinlich erschien, forderten wir unseren Bezirksleiter Brendel auf, die Sache klarzustellen. Wie uns derselbe nun mitteilt, besteht leider tatsächlich neben dem bekannten, von den Maurern angenommenen Vertrag, ein sogenannter Zusatz zu den Arbeitsbedingungen, welcher bis heute nicht bekannt ist, der aber geeignet ist, wesentliche Bestimmungen des von den Maurern angenommenen Vertrages illusorisch zu machen, aber auch den Arbeitgebern eine Handhabe gibt, etwa unliebsame in der Organisation tätige Arbeiter auszuschalten. Zur vollen Aufklärung und damit berartige Dinge in Zukunft nicht mehr möglich seien, lassen wir den „Zusatz“ vollinhaltlich folgen, wovon wir nur am meisten bedauern, daß auch Brendel, wenn auch unter zu begreifenden Verhältnissen, seine Zustimmung geben konnte. Derselbe lautet:

Zusatz zu den Arbeitsbedingungen. Verhandelt den 16. Juni 1906, abends 9 Uhr, im Hotel Meßmer.

Zu den heute abgeschlossenen Arbeitsbedingungen zwischen dem Arbeitgeberverband und der Organisation der Maurer in den drei Saarstädten wurde zu § 6 der Bedingungen als Ergänzung folgende Erklärung abgegeben:

Der vereinbarte Lohn soll für Maurer, d. h. ausgeleitete fähige Leute, gezahlt werden. Entlassung, sowie Verweigerung der Einstellung von Arbeitssuchenden, welche noch Wissen oder nach Annahme des Arbeitgebers nicht obiger Erklärung entsprechen, gilt nicht als Maßregelung und steht im freien Ermessen des Arbeitgebers.

N. Schmidt. C. Schultheiß. Franz Kaiser. J. S. Schmidt. C. Durgemeister. Emil Sarg. Mich. Horter. Joseph Schrotz. Peter Brendel.

Kollege Brendel schreibt uns hierzu:

„Am 15. Juni vorigen Jahres, dem Tag vor Besiegung des Maurerstreiks, fanden im Hotel Wöhrst in Saarbrücken Verhandlungen statt. Nach fünfständiger Debatte wurde eine Einigung erzielt. Der Passus über Lohn wurde dort als § 6 des abzuschließenden Vertrages, um den es sich in diesem Falle handelt, wie folgt festgelegt:

§ 6. Der Lohn für Maurer beträgt auf Hochbauten bis 1. Oktober 1906 47 Pf., vom 1. Oktober 1906 bis 1. März 1907 48 Pf., vom 1. März 1907 bis 1. März 1908 50 Pf., vom 1. März 1908 bis 1. März 1909 52 Pf. u. s. w.

In den Verhandlungen haben als Vertreter der Maurer teilgenommen: Gauleiter Dörter aus Mannheim, Lokalbeamter Schwoth aus St. Johann, beide vom werten Maurerverbande, unseinerseits meine Abwesenheit, also nur die drei Beamteten. Am 16. Juni, abends, sollten die Maurer über die getroffenen Vereinbarungen entscheiden. Zu diesem Zwecke war eine gemeinsame Versammlung im Kaiserpalast („Freies“ Vereinslokal) für 6 Uhr abends anberaumt. Punkt 6 Uhr war ich im Versammlungsort. Als sich einige Minuten vor halb 7 Uhr noch keiner der freien Führer sehen ließ und die auswärtigen Kollegen auf Beginnen der Versammlung drängten, fragte ich einen freien Verbändler, wo Schwoth sei; dieser sagte, er sei auf dem Bureau. Ich begab mich sofort dorthin, um Schwoth zu holen. Seine Frau, welche ich nach ihm fragte, erklärte mir, er sei nicht zu Hause. Ich ging sodann in sein Bureau, wo mir ein anwesender Maurer mitteilte, er sei in ein anderes Zimmer, und fand ich ihn dann im Schlafzimmers mit zwei Unternehmern zusammen. Die beiden Herren kamen im Auftrag ihrer Herren Kollegen, um zu bemerksstellen, daß vor das Wort „Maurer“ in § 6 die beiden Worte „ausgeleitete fähige“ gesetzt werden möchten. Als ich von Schwoth und auch von diesem Herrn über die Sache unterrichtet war, gab ich ihnen zur Antwort, daß dieses nicht ginge, es müßte bei den Vereinbarungen vom Abend zuvor bleiben, auch Schwoth nahm diesen Standpunkt ein. Da die Zeit inzwischen stark vorgeschritten war, begaben wir uns (Schwoth und ich) in das Versammlungsort; die beiden Herren luden uns zur Betätigung der Unterschrift für 9 Uhr in das Hotel Meßmer ein. In der Versammlung selbst wurden die abends zuvor getroffenen Vereinbarungen einstimmig angenommen. Nach der Versammlung hatte ich noch eine kleine Unterredung mit einigen unserer Kollegen, die sich etwas länger ausbehielten als mir lieb war. Ich kam dann etwas nach 9 Uhr in das Hotel Meßmer. Anwesend waren eine größere Anzahl Arbeitgeber und Schwoth. Als ich Platz genommen hatte, gab einer von den Herren bekannt, sie hätten eine Erklärung zu § 6 ausgearbeitet, diese möchten wir als Zusatz zu dem Vertrag annehmen. Es entspann sich eine längere Debatte hierüber. Da mir der Inhalt nicht recht klar war, erbat ich mir das Schriftstück, und haben wir es gemeinsam durchgelesen. Da Schwoth einen entschieden Standpunkt noch nicht eingenommen hatte, fragte ich ihn, was er von dem ganzen Dinge halte; da sagte er: Ich meine, wir können es annehmen. Da Horter mittags abgereist war, also von diesen Dingen nach meiner Auffassung nichts wissen konnte, fragte ich Schwoth, wie sich Horter dazu stellen würde. Schwoth gab mir zur Antwort, daß auch Horter damit einverstanden sei. Als dann die Arbeitgeber fragten, was wir zu tun gedanken, erklärte Schwoth, daß er damit einverstanden sei. Als er dann auf weiteres Befragen, wie sich Horter dazu stelle, erklärte, daß auch Horter damit einverstanden sei, blieb für mich nichts anderes mehr übrig, als ebenfalls zuzustimmen, denn ein Willehnen meinerseits wäre jedenfalls dem Ausschluß vom Vertrage gleichbedeutend gewesen. Ueberdies war auch mein Einfluß infolge der Mitgliederzahl zu gering; wir waren mit 123 Kollegen an der Lohnbewegung beteiligt, und nur noch acht Mann hatte ich damals im Streik stehen; alle anderen waren abgereist. Die Genossen wollten mit 700 Mitgliedern an der Lohnbewegung beteiligt gewesen sein, etwa 60 fanden nach ihren Angaben noch im Streik, über 100 arbeiteten zu neuen Bedingungen. Ein Protestieren in der Öffentlichkeit war für mich eine Unmöglichkeit, denn die Genossen waren vor der Bewegung so gegen mich ausgebeutet, daß sie mir nicht geglaubt hätten, ja, es wäre noch sehr fraglich gewesen, ob sie überhaupt eine Versammlung meinerseits besucht hätten, denn vor, in und nach der Bewegung, ja, bis zur Stunde, haben die Genossenführer ihre Leute von meinen Versammlungen ängstlich ferngehalten. Ueber einen Protest von 8-10 Mann hätte die Welt gelacht. Deshalb mußte ich in diesen sauren Apfel beißen. Das eine steht fest, daß an dem Zustandekommen dieser Zusatzbestimmungen nur Schwoth und Horter die Schuld tragen, sie hätten die Pflicht gehabt, dagegen zu protestieren, sie haben es aber nicht getan, weshalb nicht, ist mir unbekannt. Gätten wir einen größeren Einfluß gehabt, oder wäre unsere Mitgliederzahl damals so stark gewesen wie heute, dann wäre dieses nicht vorgekommen. Sondern ist, daß Horter als alter, erfahrenen Gewerkschafter seine Zustimmung zu dieser Nebenbestimmung gegeben haben soll, ohne sie zu kennen, was man doch nach der Angabe Schwoths annehmen muß. Und er hatte es doch in der Hand, sie abzulehnen, zumal der Streik so sehr gefährlich stand.

Dies zur Aufklärung, wodurch je manchem Kollegen klar werden mag, warum sie den Lohn nicht bekommen haben.“

mehr im Punkte gehalten. Sie müssen nun sehen, was sie sich am besten bei aufstehenden Bestimmungen zu erwehren vermögen, denn sie sind ohne ihre Zustimmung abgeschlossener worden. Klarheit aber sollte vor allen Dingen unter uns sein, und darum unterlag der angenommene Zusatz vor allen Dingen der Zustimmung der im Kampfe stehenden Kollegen. Das ist nicht geschehen und deshalb zu beurteilen. Der gerade Weg ist immer der beste.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Hochorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Abtugung! Nachen.

Das Sekretariat des Bezirks Kartells der christlichen Gewerkschaften für Nachen und Umgegend ist am 1. Juni eröffnet worden. Die Adresse lautet: Oswald Weber, Nachen, Poststraße 58, Telefon-Nr. 1688.

Zugang von Maurern nach Redlinghausen erlosch.

Steinarbeiter.

Düsseldorf, 1. Juni. (Stuttatur.) Eine Generalversammlung, welche am 29. Mai stattfand, hatte folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Der mit den Unternehmern abgeschlossene Lohnvertrag; 2. eine Auffklärung über den Klassenvertrag; 3. Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz; 4. Diskussion über die Beschlüsse der Generalversammlung in Kassel, und Wahl einiger Bezirksstärker. Bekanntlich wurde der mit den Unternehmern abgeschlossene Tarif, welcher eine ganze Anzahl Störungen auslieferte, aber trotzdem nennenswerte Verbesserungen nicht enthält, von einer früheren Versammlung abgelehnt. Trotzdem schreibt die Arbeiterzeitung, es sei eine Einigung erzielt. Wie das genannte Organ hierzu kommt, und welche Ziele es hiermit bezweckt, ist uns bis jetzt noch unklar. Kollege Herz als Redner über die zum zweiten Punkt nochmals Bericht über die Abrechnung vom 1. Quartal und betonte, daß man seinen Anstoß an der Kasse genommen habe, und man dem Kassierer Rechnung erteilen möchte. Dem Kassierer ist das Unglück zugefallen, während seine Frau das Mittagessen austrug, den Kassenbestand von 484,17 Mark durch Einbruch und Diebstahl zu verlieren. Die Diebe, zwei Mann, seien bereits hinter Schloß und Riegel. Durch genügende Beweise überführt, leugnet sie nur noch den Versteck des Geldes. Die Kriminalpolizei ist zur Aufklärung eilig auf der Suche. Einige Kollegen hatten nun fasthe Ge-richte in Umlauf gesetzt, so daß eine nochmalige Auffklärung sehr am Platze war. Mögen die Kollegen wohl bedenken, daß die Ehre eines Mannes leicht in den Kot gezogen, aber nicht so schnell wieder hergestellt ist. Bedauerlich ist es, daß solche Verleumdungen ihr Handwerk im Stillen betreiben und nicht vor der Öffentlichkeit Farbe bekennen. Daß der Kassierer das volle Vertrauen der Mitglieder besitzt, geht daraus hervor, daß man ihn mit großer Majestät zum Kassierer wiedergewählt hat. Er hat jedoch auf Grund der gegen ihn geführten Gutachten das Amt weiter zu führen abgelehnt. Kollege Johann Ducht wurde nun zum Kassierer gewählt. Die Diskussion über die Beschlüsse der Generalversammlung wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben, jedoch beschlossen, daß für Wiederaufnahme außerordentlicher Mitglieder 3 Mk. erhoben werden sollen. Auch wurde den Kollegen aus Herz gelegt, die Beiträge bereitwillig zu zahlen, da man nicht wüßte, was die Zukunft bringen könnte. Betreffs der in der Umgegend von Düsseldorf wohnenden Kollegen, wurde beschlossen, dieselben die Zeitung per Post zuzuführen, und monatlich einmal zu kontrollieren. Als Delegierter zur Bezirkskonferenz wurde Kollege Freitag gewählt. Nachdem noch drei Hausstärker bestimmt waren, wurde die Versammlung um 11¼ Uhr geschlossen.

Duisburg. Am Dienstag, den 28. Mai, hielt die Bezirksstelle der Stuttatur ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Schilling hielt einen kurzen Vortrag über die Tarifverträge. Er wies an der Hand der Tatsachen nach, daß die Gestaltung des Arbeitsvertrages für uns eine Lebensfrage sei, hänge doch das Wohl und Wehe der Familie davon ab. Der einzelne sei machtlos, nur durch eine geschlossene, stamane Organisation sei etwas zu erreichen. Jeder Kollege müsse mitarbeiten, agitieren, damit es uns gelingt, die noch fernstehenden Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, damit wir uns ebenfalls mit dem Gedanken vertraut machen können, hier am Orte mit den Arbeitgebern im Stadgewerbe einen Vertrag abzuschließen. Er wies nach, daß die Arbeitgeber hier am Orte doch nicht so harmloser Natur seien, wie noch ein Teil der Kollegen glaube. Bei dem vorjährigen Streik der Stuttatur in M. Gladbach hätten sich die Arbeitgeber von Duisburg mit den Stadbadern solidarisch erklärt, indem sie keine Leute, die von Gladbach kamen, einstellten. Durch einen Tarifvertrag werde es den Arbeitgebern unmöglich gemacht, im Winter 6 Pf. pro Stunde abzuziehen. Alle anwesenden Kollegen waren mit den Ausführungen des Kollegen Schilling einverstanden, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, mitzuarbeiten, damit wir diesem Ziele immer näher kommen. Sodann wurde von den Kollegen noch der Wunsch ausgesprochen, in nächster Zeit an die Öffentlichkeit zu treten. Beschlossen wurde, recht bald eine öffentliche Versammlung für die Stuttatur in Duisburg abzuhalten. Alsdann gab Kollege Schilling noch einen kurzen Ueberblick über die diesjährige Berliner Bauarbeiteraussperrung. Bei diesem Kampf könne man es so recht beobachten, wie notwendig die Organisation sei, wie in unserem heutigen Wirtschaftsleben ein Beruf in den anderen hineingreife, und wie in diesem Kampfe einer von dem andern in Mitleidenhaft gezogen würde. Es müsse heute als Union bezeichnet werden, wenn es noch Arbeiter gebe, die erklären, sie hätten es nicht nötig, sich zu organisieren, sie würden nicht streiken. Ganz Schluß erwähnte Kollege Schilling die Anwesenheit, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen, Diszipliniertheit zu zeigen, zu agitieren, damit unsere junge Parteizeile immer mehr vorwärts schiebe und immer mehr Boden gewinne. Hiermit schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Maurer.

Dort, 26. Mai. Unsere heutige öffentliche Versammlung war gut besucht. Es hatten sich nicht nur Arbeiter eingeschrieben, sondern auch Arbeitgeber und Bürger. Die Versammlung wurde einberufen, weil die Arbeitgeber von Dort den Tarif noch nicht unterschrieben haben. Als Referent war der Bezirksleiter Kollege Petri aus Dortmund erschienen. Derselbe hatte sich zum Thema gestellt: die wirtschaftlichen Kämpfe der Vergangenheit, und was lernen wir von denselben? Der Referent legte uns in einständiger Rede klar, wie schädlich die Kämpfe für uns als Arbeiter und auch für die Arbeitgeber sind, daß aber die meisten derselben dadurch entstanden sind, weil die Arbeitgeber nicht mit den Organisationen verhandeln wollten, oder die Arbeiter aussperrten, sobald sie sich dem Verbände anschlossen. Er ging sodann auf unseren Tarif ein und betonte, daß die Arbeitgeber von Dort den Tarif noch nicht unterschrieben wollen. Da die Arbeitgeber selbst anwesend waren, erklärte er, daß wir uns jetzt nicht mehr auf Beschwerden einlassen wollen, und wenn die Herren nicht unterschreiben wollen, müssen andere Schritte eingeschlagen werden. Lauten Beifall ertastete der Redner für seine Ausführungen. Die Arbeitgeber erklärten sich nach dem Referate bereit, zu unterschreiben. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen sich für und für, daß die Ausschüsse jetzt auch eingeschrieben. Im Gespräch sprach Kollege

Welt über die Verfolge, die nach der erste Kariff hier am Orte bringt, dass sind 7 1/2, Dolmetschung pro Stunde und eine Stunde Bearbeitung der Arbeitszeit, und dass hier nur der christliche Verband in Frage käme. Man heißt es, den letzten unorganisierten Kollegen herauszufinden, darauf wurde die letzte Besprechung geschlossen.

Stellen, 20. Mai. Die gutbesuchte Versammlung wurde von Vorsitzenden Paul Hertel eröffnet. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl eines neuen Kassierers; 2. Stellungnahme aus dem Jahr der zehnjährigen Arbeitszeit; 3. Beschließeneck. Nach dem der Schriftführer das Protokoll der letzten Generalversammlung vorlesen liess, gab der Kassierer seinen Bericht, welchen die Besorger bekräftigten, und wurde ihm Vercharge erteilt. Paul Hertel wurde Kollege Freude gewählt. Im 2. Punkt, Stellungnahme zur zehnjährigen Arbeitszeit, wurde beschlossene, wozu am 21. Mai bei den Meistern vorstellig zu werden, um den Arbeitsvertrag, bei schon im vorigen Jahre unvorteilhaft ausgearbeitet wurde, den Meistern zum Unterschreiben vorzulegen, in welchem die zehnjährige Arbeitszeit vorgehoben ist. Es wurde den Vorstandsmitgliedern überlassen, weiter mit den Meistern zu verhandeln, nachdem es nicht gelungen war, einen Tarifvertrag mit wesentlichen Verbesserungen für unsere Berufsangehörigen. Im Beschlusse führten Kollegen an, dass noch etliche Kollegen hier in Arbeit stehen, die keiner Organisation angehören, und uns so die Sache erschweren. Beschlusse wurde, dieselben eigens zur Versammlung zu laden, damit sie sich erklären, ob sie nicht bald in unsere Reihen eintreten wollen, damit wir gemeinschaftlich zusammenarbeiten, was ja zu unserem Ziele zu gelangen, welches wir uns für dieses Jahr gesetzt haben. Hiernach wurde die gutbesuchte Versammlung mit dem Willen zum Schluss.

21. Mai. Mit neuer Begeisterung sind die Kollegen vom Köln Stadt und Bund in die Schuljahrorganisation eingetreten. Besonders sind die Kollegen an der Mäntelungsbauerei, wodurch es gelungen ist, eine Anzahl Kollegen aus den sozialdemokratischen Verbänden für unsere Organisation zu gewinnen. Das veranlaßt die Führer der sozialdemokratischen Verbände, mit erneuten Mägen und Verleumdungen gegen unsere Organisation loszugehen. Da wird sowohl in den Versammlungen als auch in der sozialdemokratischen Presse in einer Weise gehandelt, dass man wissen muß, daß sich die „frei“ organisierten Arbeiter aller den blödsinnigen Quatsch hüten lassen. Mit welcher Unvorsichtigkeit da die sozialdemokratischen Führer zu Werke gehen, zeigt folgende Berichtigung, die der Schriftführer der Section christlicher Fliesenleger auf Grund des § 11 des Preßgesetzes bei sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ in Köln über sandte:

„An die Redaktion der „Arbeiterzeitung“, Hier. In Nr. 82 Ihrer Zeitung schreiben Sie unter der Spitzmarke: Der christliche Bauhandwerkerverband als Streikvermittler. In einer Versammlung der christlichen Fliesenleger habe man sich mit dem Streik der Schanerleute in Hamburg beschäftigt und zum Streikthrum aufgefordert; im Jahre 1902 habe der christliche Verband in der Mäntelungsbauerei ein Streikbrecherbureau eingerichtet; 1903 sei das Verhalten der christlichen Organisation nicht einwandfrei gewesen; im Jahre 1906 seien die christlichen Vertreter geselliger gewesen als die der freien Gewerkschaften bei den Vertragsverhandlungen. Auch sollen die christlichen Fliesenleger Leute aufgenommen haben, welche von dem Zentralverband der Maurer ausgeschlossen waren. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung folgende Berichtigung zu veröffentlichen, da Ihr Bericht nicht den Tatsachen entspricht. 1. Es ist nicht wahr, daß in einer Mitgliederversammlung der Section der christlichen Fliesenleger man sich mit dem Streik der Schanerleute beschäftigt hat, mithin nicht aufgefordert werden kann, arbeitlose nichtgewerbliche Arbeiter nach Hamburg zu weifen, gleichfalls von Einführung und Austritt aus der christlichen Organisation keine Rede sein kann. 2. Hat der christliche Bauhandwerkerverband nie zum Streikthrum aufgefordert. 3. Hatte der christliche Bauhandwerkerverband im Jahre 1902 in der Mäntelungsbauerei kein Streikbrecherbureau, vielmehr haben die christlich organisierten Arbeiter den Streikthrum durchgeführt. 4. Es ist nicht wahr, daß im vorigen Jahre die christlichen Vertreter bei den Vertragsverhandlungen eine gehme Haltung eingenommen haben. 5. Hat die Section der christlichen Fliesenleger keine Leute aufgenommen, welche vom Zentralverband der Maurer wegen Streikthrum ausgeschlossen sind.“ Diese Berichtigung brachte das sozialdemokratische Blatt erst mehrere Tage später, offenbar zu dem Zweck, daß die Verleumdung bei ihren urteilslosen Lesern genügend kolportiert war. Hingegen brachte das Blatt eine Fußnote aus dem Munde des sozialdemokratischen Maurerverbandes, die von neuen Unwahrheiten strotzt. Noch vor kurzem wurde die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ wegen Verleumdung christlicher Gewerkschaftsführer zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Man könnte da jeden Tag mit den sozialdemokratischen Führern wegen Verleumdung aus Gericht gehen. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben indes ihre Zeit zu besseren Zwecken zu verwenden. Andererseits sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vielfach „auffindbar“ eingeschrieben. Sowie Anstand, die dem Gericht auferlegten Kosten zu bezahlen, besitzen Sie nicht; sie lassen sich lieber pflanzen. Der Gerichtsbeschreibere konstatiert dann, daß „nichts zu holen“ ist, wie sich das auch bei dem Genossen Müllig zeigte. Als bei ihm der Gerichtsvollzieher für die Gerichtskosten pflanzte wollte, stellte sich sogar die Unpflanzbarkeit seines Fuhrwagens heraus, und das trotz seines Gehaltes und trotz seiner Ehefrau. Unter allen sozialdemokratischen Führern macht der Genosse Zwilling viel von sich reden. Er will die Arbeiter in Köln Land aufbauen, sieht sich auf als der Vertreter der „wirklich christlichen freien“ Gewerkschaften. Als er endlich in einer Versammlung in Köln, wo er die Redefreiheit mißbrauchte, in die Enge getrieben wurde, sprang er nervös auf und forderte seine Anhänger auf, mit ihm das Lot in die Kerker zu werfen, damit sie keine Verleumdung über sein Treiben erfahren. Im „Rheinischen Arbeiter“ erklärt er sich dann damit, daß er zu „unter anderen Verleumdungen“ auch Köln gereicht hätte. 2. er hatte der Feld über 1 1/2 Stunde Zeit zur Verleumdung gegen die christlichen Organisationen. Bezüglich der Freigeleit nach Mitternacht auf der Höhe des Feldes ist die Sache so, als habe er geüffentlich einen „Ehrenposten“ gespielt. Wie Zwilling selbst schreibt, habe ein „handfester roher Patron“ nach 12 Uhr auf der Kölner „Hohestraße“ einem jungen Mädchen von höchstens 15 Jahren wiederholt ins Gesicht geschlagen, weil, wie das Mädchen erzählt habe, es „die Wünsche“ ihres Vaters nicht erfüllen wollte. Das habe er nicht über sich „ausgelassen“. Der junge Mann und daher ganz schön. Der Mann hat sich dieser Verleumdung nicht glaubt, daß Genosse Zwilling ein Vertreter der „christlichen Christenheit“ ist, denn er nicht zu helfen. Der Genosse Zwilling scheint sich sehr bemühen zu einem großen Mann auch auf dem parteipolitischen Gebiet anzusetzen. Das ist nicht, daß die von den vorigen Genossen gesagten nicht verstehen und seinen „guten Rat“ nicht befolgen wollen. Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ schreibt, es habe einen Genossen Zwilling das politische Gebiet verlassen. Die auch etwas davon verstanden, und die Redaktionen der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ in Köln und die von der Redaktion mit dem Genossen Zwilling, welche es nicht versteht, daß auch andere Leute eine eigene Meinung haben können, sich besitzen muß. Da es nur auf dem Parteipolitischen Gebiet ist, so muß die Arbeiter gegen die Unwahrheiten der Sozialdemokraten betrieblen werden. Das eine davon ist, daß Genossen Zwilling betreibt, daß sie auch noch in Köln die Arbeiter und Bauhandwerker der Bauhandwerker der

christlichen Gewerkschaften nicht aufhalten. Eine Zeitung mag es ihnen gelangen, unerschlossene Arbeiter für die sozialistischen Pläne zu fesseln, aber sobald die Arbeiterchaft die sozialdemokratischen Pfaffen durchschaut hat, wird sie den sozialistischen Scherzwecken den Rücken kehren, und werden die sozialdemokratischen Führer dem Flusse der Eifersucht nachgeschwemmt. Die christlich organisierte Arbeiterchaft wird es daher an Aufmerksamkeit nicht fehlen lassen.

Herford, den 26. Mai 1907. Das Organ des sozialdemokratischen Bauhandwerkerverbandes beschäftigt sich in Nr. 21 über die Bauhandwerker der christlich organisierten Männer in Herford. Da wird u. a. gesagt, die Christlichen sind auch jetzt wieder Streikbrecher, wie 1900 auch. Dazu möchten wir bemerken, daß im Jahre 1900 noch keine christlich organisierten Männer in Herford vorhanden waren. Wenn der sozialdemokratische Verband seine Streikbrecher von 1900 ausschalten würde, dann würde ihre Zahlstelle auf eine ganz geringe Maßzahl zusammenzusinken. In unserer Versammlung am 16. Mai, wo Bezirksleiter Hildebrand anwesend war, haben wir den festen Beschluß gefaßt, unsere Tarif zu halten, der nicht nur bei einzelnen Arbeitgebern Gültigkeit hat, sondern im ganzen Baugewerbe zu Herford. Wir christlich organisierten Bauhandwerker haben vor der Aussperrung den freizeiten unsere Stellung in der Lohnbewegung klargestellt, daß wir diesen Stimmteil nicht mitmachen, sondern den Tarif halten. Wir haben im Herbst 1906 ein Zusammengehen der beiden Verbände erstlich in die Wege geleitet, wir wollten in der Lohnbewegung gleichberechtigt zusammenstehen, aber die Genossen wollten nicht mit uns zusammenarbeiten. Man verlangte von uns, daß wir unbedingte Folge zu leisten hätten. Um dies für uns kein anderer Weg, als selbständig eine Verbindung anzubahnen, in welcher dann der bestehende Tarif abgeschlossen wurde, der bis zum 31. März 1908 Gültigkeit hat. Auch an diesem hatten wir fest.

Mheinhausen. Nach vieler Mühe ist es uns gelungen, hier eine Zahlstelle zu gründen. Schon im Jahr 1906 versuchten die Kollegen von Dausburg hier Boden zu fassen für unsere Organisation. Unsere Freunde vom Gambrius verteilten damals unser Arbeiter. Trotzdem jene alles versuchten die Gründung einer Zahlstelle zu hintertreiben, gelang es uns doch, eine solche zu gründen. Die Erfolge, die wir bei der Firma Krupp in Rheinhausen errungen haben, sind annehmbar, wurden uns doch per Stunde 6 Pf. Lohnzulage gewährt. Hieran können sich die Genossen von Mühlheim (Ruhr) ein Beispiel nehmen. In Rheinhausen war ein einiges geschlossenes Zusammenhalten der Kollegen beider Organisationen vorhanden; mit Mühen und Mühsal haben wir den Erfolg erreicht. Wie war es in Mühlheim bei Krupp? Von Anfang gingen die Kollegen beider Organisationen zusammen, reichten gemeinschaftlich die Kündigung ein, aber zwei Tage vor Ablauf derselben nahmen sämtliche auf dem Werke beschäftigten Genossen die Kündigung zurück, sie verlangten das Bauhandwerk ausgedrückt, hatte sie doch der dide Hans dazu verleitet. Genosse Deusch burte ja auch nicht feinen. In den Erfolgen in Rheinhausen können sich diese Geister ein Beispiel nehmen. Auch mit dem materiellen Erfolg dürfen sich die Kollegen in Rheinhausen allein nicht zufrieden geben. Jetzt heißt es, nachdem die Zahlstelle gegründet ist, dieselbe auszubauen, dafür zu sorgen, daß sich im Laufe des Quartals die Mitgliederzahl verdoppelt. Wäge jeder Kollege weiterarbeiten, denn es steht uns auf der linken Rheinseite noch ein weiteres Arbeitsfeld offen; jeder Kollege muß ausdauernd mitarbeiten, damit unsere Organisation immer mehr ausgedehnt wird. Für uns alle muß der Wahspruch gelten: „Sowas ist immer, wächst nicht immer.“

Kempen i. Ros. Am 21. Mai hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche nach der wichtigen Tagesordnung verhältnismäßig schnell beendigt war. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Beschluß der Generalversammlung. 2. Unsere Stellung zu den auswärtigen und am Ort in Arbeit stehenden Maurern. Im Punkt 1 erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Franz aus Posen das Wort. Derselbe sprach in einem längeren Vortrage über die Vergangenheit und die bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe, freiste somit auch die jetzige Berliner Bauarbeiteraussperrung und wies auf den Beschluß der Generalversammlung bezüglich des Vertrags ab. Derselbe war notwendig, wollen wir unsere Organisation am Leben erhalten und uns selber vor der Willkür der Arbeitgeber schützen. Kollege Kempen aus Kempen betonte in der Diskussion, daß wir, wenn wir uns vor Schäden schützen wollen, wir uns vor der Zeit versichern müssen, damit wir allen Stürmen gewachsen sind. Hiernach wurde der bis jetzt gezahlte Wochenbeitrag von 25 Pf. auf 30 Pf. vom 1. Juni ab erhöht, ebenso wird der Vertragsbeitrag erhöht. Im Punkt 2 kam es zu einer scharfen Kritik über das Verhalten der Kollegen aus St. Vartenberg, welche in dieser Stadt arbeiten, trotzdem aber noch zu einem großen Teil der Organisation fernstehen. Es wurde dies sehr bedauert, weil es dadurch bedeutend erschwert wird, die gefestigte Aufgabe zu erfüllen. Im weiteren wurde von den Zimmerern Klage erhoben, daß sie immer noch trotz der äusseren Arbeit mit 25-28 Pf. Stundenlohn abgepeist werden. Das ist bemerklich und öffnet hoffentlich den Zimmerern die Augen. Denn hätten sie sich zugleich mit den Maurern der Organisation angeschlossen, brachten sie heute nicht 4-5 Pf. die Stunde billiger zu arbeiten. Möchte das eine gute Lehre für die gesamte Zimmerergesellschaft der Provinz Posen-Schlesien sein. Es gilt daher die Parole: Nicht eher ruhen und raften, bis der letzte Zimmerer in christlichen Bauhandwerkerverbände organisiert ist. Zum Schluss wurde beantragt, der Vorstand der Zahlstelle Kempen soll mit der Zahlstelle St. Vartenberg in Verbindung treten, um die Kameraden der organisierten Kollegen auszutauschen, damit jeder einzelne bearbeitet werden kann. Ferner wurde noch auf das unkollegiale Verhalten verschiedener Kollegen, welche nach hier kommen, hingewiesen, insbesondere des Kollegen Wenzel, welcher mit einer wilden Kolonne von Maurern in Schildberg arbeitet. Wir bitten daher die Vartenberg Kollegen, uns in dieser Weise zu unterstützen; denn wollen wir sie gleich weiterarbeiten, so ist es Pflicht, jeden unorganisierten Maurer wie Zimmerer in die Organisation hineinzubringen. Und dafür müssen wir alle in Kempen und St. Vartenberg Sorge tragen. Noch mehrere internen Angelegenheiten, welche noch besprochen, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, Kollegen Gille, geschlossen.

Aachen, den 1. Juni. Der Kampf im hiesigen Baugewerbe ist äusserst lehrreich. Die Unternehmer strengen sich an, Arbeitswillige zu erhalten, und sind sehr erbot, weil ihnen das nicht gelingt. Jetzt schimpfen sie über die holländischen Kollegen, weil die es gewagt haben, in einen Streik zu treten als Ansländer. Jetzt will man sie später niemals mehr einstellen. Man sieht, die Aachener Unternehmer verstehen es, Schreckschüsse abzugeben. Es ist nur schade, dass sie alle verfehlen. Auf der einen Seite will man keine Holländer mehr, weil sie Ansländer sind, und auf der anderen Seite will man Italiener kommen lassen. Es wurde uns mitgeteilt, der Arbeitgeberverband habe beschlossen, 500 Italiener kommen zu lassen. Für diese seien zwei Fabrikräume gemietet und 200 Betten bestellt. Dieses alles soll nur den Zweck haben, die Kollegen zu beängstigen. Wir werden das unsere daran tun, dass die Italiener nicht nach Aachen kommen. Hier gilt es, auf dem Posten zu sein. Leider muss geklagt werden, dass ein Teil der Kollegen, welche dem Ruf abhören und anderswo Arbeit annehmen, nicht Folge leisten, meistens dieselben sind, welche nicht nur große Posten haben wollen, sondern

Zuziehende abzuhalten. Der nötige Eifer und die Ueberzeugung, dass von dem Fernhalten des Zuzuges der Erfolge des Kampfes abhängt, scheint bei ihnen nicht vorhanden zu sein. Kampfführen ist kein Spielen und kein Spaziergehen, besonders hier in Aachen nicht. Wie die Unternehmer hier von allen Seiten und selbst von der hiesigen Stadtverwaltung unterstützt werden, zeigt folgendes: Mehrere unserer Kollegen gingen ins Stadtwerk, d. h. Stadtbauamt, um dort um Arbeit anzufragen. Die erste Frage war: Sind Sie streikender Bauarbeiter? Auf die bejahende Antwort erklärte der Ingenieur Lütters: Dann dürfen wir Sie nicht einstellen. Um die Probe zu machen, ob das Stadtbauamt die vom Arbeitgeberverband versandten schwarzen Listen auch im Besitze der Stadtverwaltung sei, sagte einer unserer Kollegen: Ja, ich stehe aber nicht in der schwarzen Liste. Darauf schlug der Herr Ingenieur die schwarze Liste auf und sagte: Jawohl, hier stehen Sie. Ich darf Sie also nicht einstellen. Daraufhin ging unser Verbandsbeamte Kollege Bücher zum Rathaus zum Oberbürgermeister. Derselbe war leider verreist und ging zum Vertreter Herrn Beigeordneten Bacciocco. Nach der Schilderung des Vorkommnisses bemerkte der Beigeordnete: Ja, da finde ich doch gar nichts drin, dass wir keine Streikende annehmen. Die Stadt ist doch auch Arbeitgeber und muss doch mit den andern Arbeitgebern sich solidarisch erklären. Auf diese Bemerkung erklärte Kollege Bücher, dass die Stadtverwaltung wohl Arbeitgeberin sei für die Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer. Die Annahme der schwarzen Liste seitens der Stadtverwaltung müsse als einseitige Parteinahme zu Gunsten der Unternehmer angesehen werden, wogegen wir Arbeiter als auch Steuerzahler protestieren. Darauf versprach der Beamte, die Sache zu untersuchen, da er keine Kenntnis von der Angelegenheit habe, und bestellte Kollegen Bücher am nächsten Vormittag wieder vorzukommen. Als Kollege Bücher zu der angegebenen Stunde erschien, erklärte der Beigeordnete Bacciocco, dass die Annahme und Handhabung der schwarzen Liste ihre Berechtigung habe, und dass dieses im Einverständnis mit den massgebenden Personen geschehen sei. Streikende würden daher nicht eingestellt. Als Kollege Bücher darauf erklärte, dass die Arbeiterschaft Aachens die Stadtverwaltung nicht als unparteiische Behörde und Verwaltung anerkennen, und dass dieses eine grosse Erregung unter der Arbeiterschaft hervorrufen müsse, dass auch ferner weitere Schritte über das Verhalten der Stadtverwaltung getan würden, wurde ihm die Tür gewiesen. Da sieht man, auf welcher Höhe der sozialen Einsicht und Verständnis die Aachener Stadtverwaltung steht. Hier kann nur das eine helfen: die Kollegen und Arbeiter müssen sich mehr um die kommunalpolitischen Angelegenheiten kümmern und versuchen, Arbeitervertreter in die Stadtverordnetenkollegien hineinzuwählen, damit solchen Stadtverwaltungen auch mal etwas auf die Finger geklopft werden kann. Dieses Vorkommnis in der Stadt Aachen ist ein Beweis, wie notwendig es ist, dass unsere Arbeiter sich mehr öffentlich wie überall betätigen müssen, wenn die Reaktion und das einseitige Regieren ein Ende haben soll. Mögen unsere Kollegen in Aachen daraus die ernsteste Lehre ziehen und bei der nächsten Stadtverordnetenvorwahl danach handeln. Denn, soll es hier in dem reaktionären Aachen auf allen Gebieten anders werden, müssen die Kollegen sowie die ganze Arbeiterschaft sich mehr auf allen Gebieten betätigen und die Gleichgültigkeit abwerfen. Auch müssen wir uns etwas wieder mit den Aachener Zielbewussten Genossen beschäftigen. Bekanntlich werden bei Streiks und Aussperrungen seitens der Unternehmer allerlei Schiebungen vorgenommen, um die Arbeiten fertiggestellt zu bekommen, so auch hier. Die Bauherren nehmen die angefangenen Bauten dem bisherigen Unternehmer ab (selbstverständlich mit demselben Einverständnis), um sie dann durch kleinere Unternehmer, welche nicht dem Arbeitgeberverbande angehören, fertigstellen zu lassen. Diese Unternehmer kommen dann und wollen den Tarif unterzeichnen, bezahlen den Lohn dann nur so lange, bis die Arbeit fertig ist. Aus taktischen Gründen hat die hiesige Streikleitung es abgelehnt, solche Arbeiten freizugeben. Die Genossen gehen aber dazu über und lassen solche Strohmänner, wie Gärtner usw., den Tarif unterschreiben und schicken ihre Genossen hin, die gesperrten Arbeiten fertigzumachen, spielen also den Streikbrecher. Ferner hat ein Bericht der „Baugewerkschaft“ in Nr. 8 das Gebahren der Genossen beleuchtet, wie sie in dem Zementgeschäft W. Beisel einen Streik führen. Heute können wir das Resultat des Streiks mitteilen. Die Firma W. Beisel bewilligte nicht. Die Genossen laufen mehrmals zu der Firma und bitten, doch zu bewilligen. Ein Genosse sagt auf die Vorhaltung, dass er doch mit dem Lohn zufrieden sein könne; ja, das bin ich auch, aber die andern haben mich mitgerissen. Auf die Bemerkung, sie sollten die Arbeit wieder aufnehmen, sagte der Genosse Vertrauensmann: Das geht doch nicht gut, dann haben wir ja gar nichts von der Schweinerei. Das Resultat des Genossenstreiks ist, dass die Firma ihnen mehr Akkordarbeit geben soll wie früher, irgendwelche Lohnhöhe gibt es nicht. Also Streik, um mehr Akkordarbeit zu erhalten. Erst blinde Inszenierung von Streiks, ohne zu wissen, was sie wollen, dann zurückkriechen auf den Knien in das alte Joch und Verhältnis. Eine schönere und grössere Blamage hätten sich die Genossen nicht holen können. Dadurch haben sie ihre Unfähigkeit, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, glänzend bewiesen. Schlimmeres konnte einem Sozialführer Kessel nicht passieren. Unsere Kollegen mögen daraus lernen und in Zukunft diesen roten Schreibhalsen besser auf die Finger klopfen, wenn und wo sie sich wieder bemerkbar machen wollen. J. Bücher.

Hochheim, den 2. Juni 1907. Unsere Zahlstelle am Samstag, den 1. Juni, im neuen Verbandslokal, eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Als Referent war Vorkammler Kollege Schneider erschienen. Derselbe hielt einen längeren und sehr lehrreichen Vortrag über die Entstehung und Zwecke der Gewerbevereine. Ueber diesen Vortrag entspann sich unter den Kollegen eine sehr lebhafte Diskussion. Verschiedene anwesende Kollegen bedauerten lebhaft, daß hier bei der letzten Gewerbevereinsversammlung so wenig von unserer Seite getan wurde, und wir inselbst nichts erreichen konnten. Kollege Preis forderte die Kollegen auf, schon jetzt fest und treu zu arbeiten, damit wir bei der nächsten Wahl unbedingt den Sieg auf unserer Seite hätten. Kollege Schneider erstattete noch Bericht über die letzte Delegiertensitzung der Verwaltungskommission. Zu Delegierten für die Generalversammlung und die Delegiertensitzungen wurde unser Kassierer Kollege Joseph Beise und Schriftführer Phil. Danz gewählt. Die schon verlaufene Versammlung wurde nach einem Schlußwort des Referenten Schneider mit den besten Wünschen auf das Wohl und Gedeihen der christlichen Gewerkschaft geschlossen. Gegen. Was einem im 20. Jahrhundert nicht alles passieren kann, dafür liefert nachfolgende Begebenheit den besten Beweis. Die Herren Schmidt vom Arbeitgeberverband, Fischer vom christlichen Bauhandwerkerverband und Müllig vom Zentralverband der Maurer waren vom Einigungsamt in Offen beauftragt, in Tagen i. Westf. festzustellen, wieviel

Arbeiter dort bei den Arbeitgebern beschäftigt werden, und wieviel davon Mitglieder der in Betracht kommenden Arbeiterverbände sind. Die genannten Herren hatten sich dieser Aufgabe in den ersten Tagen des Monats Mai entledigt. Wer beschreibt aber ihr Erstaunen, als ihnen am 14. Mai eine Vorladung zuging, sich zur Besprechung mit dem Polizeikommissar zu stellen. Dort wurde ihnen mitgeteilt, daß eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch eingegangen sei, daß sie sich bei der Ausübung obigen Beschäftigung schuldig gemacht haben sollten. Wie liegt nun der Sachverhalt? Bei Aufnahme der Statistik kamen die Herren auch nach der Wohnung des Unternehmers R. in der Langestraße. Der Vertreter des Bundes, sich als solcher vorstellend, fragte an, ob der Herr R. vielleicht zu Hause sei, und als dieses verneint wurde, fragte derselbe weiter an, ob Frau R. vielleicht in der Lage sei, mitzuteilen, wieviel Bauarbeiter insgesamt beschäftigt würden, man könne das vielleicht in der Lohnliste feststellen. Diese wurde nun seitens der Frau R. bereitwillig zur Verfügung gestellt, und nachdem die Zahl der Arbeiter festgestellt war, wurde unter Worten des Dankes für das freundliche Entgegenkommen die Wohnung verlassen. — In der betr. Anzeige heißt es, die Herren seien unbefugt in die Wohnung eingedrungen, sogar habe einer Posten gestanden, damit man nicht etwa durch den Mann überrascht würde. Ist das nicht lächerlich? Obgleich die ganze Angelegenheit bei einem etwaigen Prozesse sich in Wohlgefallen auflösen wird, so sieht man doch, wie leicht fährende Personen des Arbeiterstandes Verdächtigungen ausgeht sind.

Kaplan (Ostpr.), den 2. Juni 1907. Die hiesige Verwaltungskammer hatte am 28. Mai eine öffentliche Versammlung einberufen, welche gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Hoff, eröffnete die Versammlung mit einem kurzen Begrüßungswort. Kollege Schönheims aus Königsberg i. Pr. hielt seinen angekündigten Vortrag. In anschaulicher und lebendiger Weise gab derselbe zunächst einen kurzen Überblick über die Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung, hob deren große Vorteile für das materielle und sittliche Wohl der Arbeiter gebührend hervor und betonte namentlich auch, daß sich dieser Verband im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften voll und ganz auf dem Boden des Christentums und der Vaterlandsliebe stelle. Reicher Beifall folgte den Ausführungen des Redners. In der darauffolgenden Diskussion nahm sodann Herr Prediger Wegel das Wort, welcher vom Verband als Gast eingeladen war. Derselbe gab seiner Zustimmung zu den Ausführungen des Vortragenden freudigen Ausbruch und drückte namentlich daran an, wie sehr auch die sittliche und kulturelle Erziehung des deutschen Arbeiterstandes im Rahmen der christlichen Gewerkschaftsbewegung läge. Ganz besonders empfahl er in dieser Hinsicht die christlich-nationale Zeitung „Das Reich“, welche in Berlin erscheint, vortrefflich redigiert wird und von jedem deutschen Arbeiter und wahren Volkstreu geleitet werden mußte. Nach seiner Rede wurden mit großer Zustimmung aufgenommen. Dann wurde noch über einen benannten auszubehaltenden Lohnsatz verhandelt und mit einem Jubelnd aufgenommenem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung die äußerst anregende Versammlung geschlossen. Für diese Lohnbewegung wurde ein Tarif festgelegt und zwar für dieses Jahr ein Stundenlohn von 42 Pf. bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit und für nächstes Jahr 1908 ein Stundenlohn von 45 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit, für Arbeiter, die 6 Kilometer außerhalb der Stadt sind, wurde ein Zuschlag von 5 Pf. und das gleiche für Ueberstunden festgesetzt.

Essen. Am Dienstag, den 23. Mai, fand im christlichen Gewerkschaftshaus die Gesellschaftswahl für die hiesige Kammer statt. Abgegeben wurden 728 Stimmen. Davon erhielten die Kandidaten der christlichen Gewerkschaft 363 Stimmen und die Kandidaten der sozialdemokratischen Gewerkschaft 365 Stimmen. Der Sieger geblieben, konnte trotz zweimaligen Wahlsiegens der Stimmen mit Gewisheit überhaupt nicht festgestellt werden. Während der Debatte der Stimmgabliste als Geschäftsführer der Junge Stimmgabliste (364 zu 364 Stimmen) wählte, hatten andere Wähler zugunsten der einen oder anderen Liste eine oder zwei Stimmen mehr oder weniger gezählt. Die Genossen, denen es nach den letzten Vorkäufen bei den verschiedenen Wahlen unter allen Umständen ein einen Sieg zu tun war, rechneten natürlich alle für ihre Liste zwei Stimmen mehr heraus. Dieses Resultat rief bei den Genossen einen ungeheuren Siegesjubel hervor, als wenn es sich um einen Sieg bei der Reichstagswahl gehandelt hätte. Gegen die Wahl wurde sofort Protest erhoben, weil das Resultat nicht bestimmt festgestellt werden konnte, zumal zwei Stimmgablisten abgegeben, als Legitimationen vorhanden waren. Zur Wahl selbst sei bemerkt, daß dieselbe mit aller Schärfe von den einzelnen Parteien geführt wurde. Der Andrang war gegen früher getägliche Wahlen ein sehr starker. Was die Genossen anbetrifft, so gerätelten sich diese geradezu wie losgelassene Wilden. Vor allen aber zeichnete sich an geistiger Bildung und moralischer Vollkommenheit der „jattam bekante“ Genosse Josef Albringer aus. Wie man sich hier erzählt, sollen ihn wegen seiner moralischen Vollkommenheit ja auch keine Genossen abgefast haben. Trotzdem er sich bei dieser Wahl nur um organisierte Handwerkerstellen handelte, so jeder Wähler mit aller Bestimmtheit weiß, was er zu wählen hat, jede Befragung mithin überflüssig ist, spottet das Verhalten dieses „Gewerkschaftsführers“ Albringer als Stimmvertreter jeder Beschreibung. Auf alle Tollheiten dieses mit geistigen Waffen ausgerüsteten „Genossenführers“ eingegangen, würde zu weit führen, es genügt festzustellen, wie Ohrenzeugen berichten, daß sein eigener Kollege, der Gewerkschaftsbeamte Obermeier aus Branschweig, welcher an Stelle Albringers getreten, ihm gesagt haben soll: „Na, Albringer, du könntest dich doch ein wenig anständiger benehmen.“ Als eine direkte Unschicklichkeit — Unanständig können wir nicht annehmen — muß die ständige Behauptung des Genossen Albringer bezeichnet werden, ein Kandidat der christlichen Liste sei, weil noch keine 30 Jahre alt, nicht wählbar. Falls „Johann“ aber wirklich

nicht wissen sollte, wer wählbar zum Gesellenausschuss ist, dann möge er sich beim roten Materialverband in Düsseldorf erkundigen. Das Wahlergebnis gibt für alle Gewerkschaftler bestimmbare Lehren für die Zukunft. Alle unsere Kollegen vom Bauberufe, die aus Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit nicht zur Wahl erschienen, müssen sich jetzt fragen: Ich bin schuld an dem zweifelhaften Resultat. Diese Wahl selbst zeigt von neuem, wie sehr es auf jede Stimme ankommt. Ob sich die Kollegen dies merken werden?

Würzburg. Am Sonntag, den 26. Mai tagte hier selbst für die unterständigen Bahnhöfe eine Bezirkskonferenz, an der sämtliche Bahnhöfe durch zwei Delegierte vertreten waren. Bezirksleiter Sommer eröffnete in üblicher Weise dieselbe und gab die Tagesordnung bekannt. Der Hauptpunkt derselben war die Durchführung der Zentralisierung, die nicht auf großen Widerstand gestoßen ist. Die Kollegen erklärten sich bereit, schon im zweiten Quartal 5 Prozent an die Zentralstelle Würzburg abzuführen, um die Bedienung der Unkosten sofort zu ermöglichen. Der schwerwiegendste Punkt war her, zu den 5 Pf. Bezirksbeitrag auch noch einen Lokalzuschlag von 5 Pf. zur Einführung zu bringen. Kollege Sommer führte den Kollegen vor Augen, wie notwendig es ist, endlich hier in Unterfranken etwas Positives zu leisten, denn jetzt ist den Kollegen Gelegenheit geboten, eine agitatorische Kraft zu erlangen, wenn sie sich opferwillig zeigen. Die Delegierten erklärten sich damit einverstanden und soll allerorts ein Lokalzuschlag von 5 Pf. eingeführt werden, um es dadurch zu ermöglichen, endlich einmal auch eine Stütze für Unterfranken zu erhalten. Die Konferenz nahm einen sehr schönen Verlauf. Kollege Behringer ermahnte die Kollegen, mit dem Beamten treu und eifrig mitzuwirken, ihn tatkräftig zu unterstützen, dann wird es auch möglich sein, daß die Bahnhöfe in Zukunft keinen Rückgang, sondern nur ein Fortwärtigen zu verzeichnen haben. Kollege Sommer streifte noch den Rückgang einzelner Bahnhöfe, der, wenn er auch gering sei, doch nicht vorkommen dürfte. Das, was mit so großer Mühe aufgebaut, muß unbedingt erhalten werden. In dem Rückgang war in den meisten Fällen die rote Erblichkeit schuld. Dieser muß jetzt ein entschiedener Damm entgegengesetzt werden, und kann dieses nur durch die größte Einigkeit und Opferwilligkeit erreicht werden. Zum Schluß behandelte er ganz besonders, daß die Extrabeiträge überall strikte durchgeführt werden müssen, und schloß sodann die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf den christlichen Bauhandwerkerverband.

Maass und Bauhilfs-Grundarbeiter.

Noorva (Holland, den 24. Mai. Heute hielt unsere Zahlstelle eine ausserordentliche Mitgliederversammlung ab. Dieselbe leitete Kollege Merx aus Bocholtz, welcher zugleich mit Kollege Taschbach mit der Streikleitung betraut ist. Die Versammlung war erfreulicherweise gut besucht, welches hier leider nicht oft vorkommt. Auf der Tagesordnung standen drei Punkte: 1. Vorstandswahl, 2. Wahl eines Vertrauensmannes für Hier und Maastricht, und 3. Verschiedenes. Zunächst hielt der Kollege Merx einen eindringlichen Vortrag über die Notwendigkeit und Vorteile der christlichen Organisation. Er betonte, dass gerade die holländischen Bauarbeiter, die auf deutschem Gebiete ihren Erwerb suchen müssen, die Organisation sehr notwendig haben, und erfreulicherweise vom grössten Teile auch erkannt worden ist. Gerade die christliche Organisation sei es, die in kurzer Zeit auch für die holländischen Kollegen eingetreten ist und erfolgreich ihre Interessen vertreten habe. Pflicht der holländischen Kollegen sei es, zu sorgen, dass der letzte holländische Arbeiter, der auf deutschem Boden sein Brot zu verdienen sucht, auch der christlichen Organisation beitrete. Aber mehr Eifer und mehr Energie und persönliche Hingabe für die gute Sache müsse gezeigt werden. Es muss mehr einer für den andern eintreten, nicht nur sein eigenes „Ich“, sondern das grosse Ganze muss mehr im Auge behalten werden. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. In der Diskussion meldeten sich mehrere Kollegen und versprachen, mehr als bisher zu agitieren. Sodann wurde der Vorstand neugewählt. Aus der Wahl gingen als Vorsitzender Kollege Maens, als erster Kassierer Adam Plumackers, als zweiter Kassierer Peter Canna hervor. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Kollege Merx ermahnte den Vorstand, in Zukunft stets auf dem Posten zu sein und mit gutem Beispiel voranzugehen, und ihre ganze Kraft in den Dienst unseres Verbandes zu stellen, was auch versprochen wurde. Dann wurde für Hier und Maastricht ein Vertrauensmann gewählt, damit es den dortigen Kollegen erleichtert werde, ihre Beiträge zu zahlen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Hubert Essers gewählt, welcher das Amt annahm. Da Kollege Merx als Delegierter zum 4. Verbandstag in Cassel war, erstattete er noch einen kurzen Bericht von demselben. Redner hob besonders den Beschluss, acht Extrabeiträge von jedem Mitgliede zu leisten, hervor, welcher strikte durchgeführt werden müsse. Es sei notwendig, im Interesse der Kollegen unsere Kasse zu stärken und solle jeder die acht Extrabeiträge in der Höhe eines Wochenbeitrages gerne und freudig zahlen, und schon im Monat Mai damit anfangen. Ferner berichtete Kollege Merx, dass in Kürze eine Zeitung in holländischer Sprache erscheinen werde, wodurch unsere holländischen Kollegen jedenfalls mehr geschult würden, was von den Kollegen sehr begrüsst wurde. Die Kollegen müssen aber mehr lesen, denn Wissen ist Macht und durch viel Lesen eignet man sich Wissen an. Zum Schluss ermahnte Kollege Merx bei dem gegenwärtigen Streik im Aachener Lohngebiet, fest und standhaft zu sein, und stets der Parole der Leitung zu folgen und Disziplin zu zeigen, dann werden

die Unternehmer unseren Forderungen nachkommen müssen. Das gute Verhalten der holländischen Kollegen werde selbst von der Leitung anerkannt. Mit einem begeisterten Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Bauhilfsarbeiter.

Nürnberg. Bei der Firma Freialdenhoven hatten die Bauhilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil sich dieselbe inerte, eine Lohnhöhung vorzunehmen, die einige Firmen schon teilweise bewilligt hatten. Hierdurch kamen auch die Maurer infolge Materialmangels zum Stillliegen. Da unser Bezirksleiter nicht sofort zur Stelle sein konnte, ernennt Kollege Stütz in die Vrede und gemeinsam mit dem Vertrauensmann des Bruderverbandes christlicher Textilarbeiter, Kollegen Koch, wurde er bei der Firma vorstellig. Herr Freialdenhoven erklärte ihnen gegenüber, den Lohn um 2 Pf. zu erhöhen. Dieser Erfolg warnt nun die Genossen. Im „Grundstein“ faselt Genosse Rüdiger von einem „christlichen Textilarbeiter“, der sich in die Sache der Bauarbeiter eingemischt habe. Niemand hatte jedoch mehr Freude an dem Ausgange des Konfliktes, als die Notorganisierten. Hätte die Sache umgekehrt gelegen, d. h. hätte ein Freigestellter der sozialdemokratischen Textilarbeiter sich für die Bauarbeiter ins Zeug gelegt, dann hätte Genosse Wuth im „Grundstein“ nicht genug des Lobes über das wärdere Eintreten des sozialdemokratischen Sekretärs des Bruderverbandes gewußt. Der Vergessener der Genossen ist ja auch zu verstehen; jetzt können sie mit dem Erfolg nicht gegen die verhassten Christlichen kochen gehen.

Münster i. W. Am 12. Mai fand eine Mitgliederversammlung der Bauhilfsarbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand der Punkt: Vorstandswahl. Es wurden die Kollegen Jost, Weblau zum ersten und Michael Jurr zum zweiten Vorsitzenden und der Kollege Fern. Bortmann zum Schriftführer gewählt. Die Klassenverhältnisse bleiben mit den Maurern zusammen, mithin bleibt der Vorstande Kassierer. Um den hiesigen Genossen Gelegenheit zu geben, sich bei örtlichen Verhältnissen wegen uns gegenüber auszusprechen, hierles wir? Am 28. Mai eine öffentliche Bauhilfsarbeiterversammlung. Als Referent war der Kollege Werner-Voß zum erschienen. Kollege Weblau eröffnete um 12 Uhr die Versammlung und erteilte dem Kollegen Werner das Wort. Derselbe verbreitete sich in klaren Worten über die Lage der Bauhilfsarbeiter im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Redner verstand es trefflich, die Lage der Bauhilfsarbeiter zu schildern; besonders hob er den Wert der Arbeitskraft hervor und führte den Beweis, daß die Löhne der Bauhilfsarbeiter gegenüber den Lebensverhältnissen nicht zu hoch seien, eher das Gegenteil. Er betonte hauptsächlich die hohen Mieten, die hohen Fleischpreise usw. Stark kritisierte er das im Münster eingewurzelte Altsystem, besonders das der Steinträger. An der Hand von Beispielen zeigte er die Schädlichkeit der Altsystemarbeit und daß wir alle Verantwortung haben, dagegen vorzugehen. Frontlich beleuchtete er die sozialdemokratischen Lebensansichten, unser Verband sei ein Mischmasch-Verband; energisch wies er dies zurück und betonte, daß ein christlicher Arbeiter niemals in einem sozialdemokratischen Verbands-Schuh stehen könne. Zum Schluß führte er den Kollegen die Einigkeit der Arbeitgeber vor Augen, daran sollten sich auch die Sozialdemokraten ein Beispiel nehmen. In der Diskussion meldeten sich verschiedene sozialdemokratische Bauhilfsarbeiter zum Wort, welche die Tatsachen, wie sie hier bestehen, auf den Kopf zu stellen versuchten. Besonders wollten sie unsere christlichen Kollegen aus der Arbeit herausdrängen und nur mit Genossen die Bauhilfsstellen besetzen. Ein Antrag eines Genossen auf Einführung eines Extraordinariums wurde von unseren Kollegen abgelehnt. Kollege Jumbrodt legte den Kollegen die Einigkeit ans Herz und beurteilte das schlechte Betragen der Genossen in der Versammlung. Im Schlußwort kennzeichnete der Kollege Werner das Betragen der Genossen im allgemeinen, besonders das pöbelhafte Benehmen in den Versammlungen. Kollege Weblau dankte dem Referenten Werner und schloß mit einem kräftigen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung die Versammlung.

Bortmann, 25. Mai. Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer Mitgliederversammlung ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, ihre Solidarität zu zeigen und die vom Gesamtverbande herausgegebenen Streikfondsarten für die ausgesperrten Maier und Anstreicher zu kaufen. Das Resultat war eine Einnahme von 9 Mark. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Stoll. 2. Bericht über die Bezirkskonferenz; 3. Bericht über die Baubelegiertenfestigung; 4. Verschiedenes. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der letzten Versammlung erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Beck zu seinem Vortrag das Wort. Derselbe führte uns in fast einständiger Rede die Kämpfe vor Augen, wie sie zwischen Kapital und Arbeit geführt werden. Gleichzeitig führte er uns die Mittel an, mit welchen die Arbeiterkraft in der Lage ist, diese Kämpfe wirksam durchzuführen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Wolke, Kraft und Kraft. Im zweiten Punkt, Bericht über die stattgefundene Bezirkskonferenz, hob der Vorsitzende besonders das starke Wachstum der Verwaltungsstelle im vorigen Jahre hervor und zeigte uns an diesem Beispiel, daß Einigkeit stark macht. Im Punkt 3. Bericht über die Baubelegiertenfestigung, leitete Kollege Wolke mit, daß 78 christlich organisierte, 68 sozialdemokratisch organisierte und 13 unorganisierte Kollegen vertreten waren. Gleichzeitig ermahnte derselbe die Kollegen, das Baubelegiertensystem rasch auszubauen und zeigte uns an der Hand von Beispielen, daß gerade das Baubelegiertensystem das beste Mittel ist, die Organisation nach innen und nach außen auszubauen. Im gleichen Sinne sprachen die Kollegen Kraft 1 und Sommerfeld. Im Punkte Verschiedenes wurden einem kranken Kollegen 10 Mark Unterstüßung überwiefen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung um 11 1/2 Uhr abends.

Einiges über Portland-Zement.

Rauchbrud verboten.
Man weiß nicht genau, wann gebrannter Kalk zuerst zu Maurerarbeiten gebraucht wurde; bekannt ist aber, daß er von altersher bei den Chaldäern, Ägyptern, Griechen und Römern benutzt wurde. Die älteste Art von Zement war mehr oder weniger reiner, einfach gebrannter Kalkstein, der meistens ebenso angewandt wurde, wie heute. Die Römer waren die ersten, die den Kalk verarbeiteten, indem sie gewisse Thonarten und Schiefer beifügten, um eine Art Wassermörtel daraus zu machen, d. h. einen Kalk, der sich mit Wasser verbinden konnte und hart wurde. Plinius, der im ersten Jahrhundert nach Christo lebte, beschreibt die Methode, gewöhnlich gebrannten Kalkstein zu veredeln und ihn in eine Art Wassermörtel zu verarmeln.

Wassermörtels von der richtigen Beimischung des Tons zum Kalkstein abhängt. Es ist dies eine der wichtigsten Entdeckungen der Baukunst in beinahe 20 Jahrhunderten. Auf der Insel Portland im Süden Englands gibt es mehrere Kalksteinbrüche, die seit langer Zeit ausgebeutet werden, früher aber nur Bausteine produzierten. Erst im Jahre 1824 ließ sich ein Engländer, Joseph Aspdin aus Leeds, ein Verfahren, Kalk und Bohnen zu mischen und zu brennen, patentieren. Das Produkt sah dem Portland-Kalkstein sehr ähnlich, weshalb er es „Portland-Zement“ nannte; diese Bezeichnung blieb für fast alle Sorten Wassermörtel erhalten. Von Aspdin's Zeit bis 1880 wurden in England und auf dem Kontinent viele Werke errichtet, um Portland-Zement zu fabrikanieren, meist geringwertiges Material von begrenztem Nutzen. Der erste in den Vereinigten Staaten gemachte Portland-Zement wurde durch die Coppen Cement Company, Coppen, hergestellt im Jahre 1875; sie produzierte jährlich 2000 Tonnen. Es ist nicht unsere Absicht, hier auf Einzelheiten in der Herstellung des Portland-Zements einzugehen; bemerkt sei nur, daß er größtenteils aus Kalkstein, gemischt mit etwas Kieselerde und Ton, in bestimmter Zusammenlegung besteht. Im Herstellungsverfahren werden diese Substanzen zerstampft, in hohem Grade erhitzt und gebrannt. Die hierbei entstehenden Backsteine werden in einer Art Schmelzwanne in Wasser getrieben. Es ist notwendig,

Zement bis zur größten Feinheit zu zermahlen; seine Bindefkraft hängt größtenteils von dem Grad der dabei geübten Sorgfalt ab. Moderne Zementmühlen sind mit sehr leistungsfähigen Maschinen für diesen Zweck ausgestattet. — Die Portland-Zementfabrikation in den Vereinigten Staaten hat rasend schnell zugenommen. Im Jahre 1875 wurden 2000 Tonnen jährlich produziert; 15 Jahre später, 1890, waren es bereits 335 000 Tonnen, 1900 schon 8 482 020 Tonnen; und 1903 produzierte man 22 342 937 Tonnen.

Die Bedeutung des Zements für die heutige Welt ist so groß, daß nicht nur die verschiedenen Regierungen der ganzen Welt Prüfungen veranstaltet haben, um die Qualität des Zements zu bestimmen, es ist dies auch durch verschiedene große Baugesellschaften geschehen. Das maßgebende Werk für geprüften Zement ist wohl die von der Korporation der Ingenieure der Vereinigten Staaten unter dem Titel „Professional Papers 28“ herausgegebene Publikation.

Der Preis des Portland-Zements hat jedes Jahr ebenso abgenommen, wie die Produktion zugenommen hat; von 9.20 Mark die Tonne im Jahre 1890 bis auf 6.40 Mark die Tonne im Jahre 1900.

Edw. C. ...

Aus ausländischen Organisationen.

Österr. Kongress der christlichen Gewerkschaften der Schweiz. Eine Tagung von weitgehender Bedeutung für die weitere Entwicklung und Lösung der schweizerischen Arbeiterfrage war am Sonntag, den 12. Mai in Winterthur stattgefunden...

nach seitens der streikenden Arbeiter vorgenommen würden, vorliege." Beweise hatte Herr Frey für diese Verdächtigung keine. Der Mitangeklagte Wolf versicherte ebenfalls sämtliche Ausführungen mit größter Sorgfalt überwacht zu haben...

schaften. Stellung zur Agrarfrage. Die Landarbeiterfrage. Notwendigkeit der politischen Betätigung der christlichen Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaften u. die Sozialreform. "Christliche Grundsätze." Das Fuldaer Pastoral. Arbeitervereine und Gewerkschaften. Der Streik. Die Broschüre kann durch die Buchhandlung des Generalsekretariats Köln, Palmstr. 24, bezogen werden...

Bekanntmachungen.

- I. Die Verwaltungsstellenkassierer werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 23. Juni bis 6. Juli keine Marken versandt werden. Die Kassierer werden ersucht, ihren Bedarf rechtzeitig zu bedenken. Außerdem bitten die im Juli bezogenen Marken nicht für das zweite Quartal in Anrechnung gebracht werden.

Der Kassierer,

Achtung! Hagen i. Westf. Achtung! Bezug von christlich organisierten Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern nach Hagen erwünscht. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche hier zugereiste Kollegen sich am Sekretariat, Köbnerstraße Nr. 17 II. Etage, zu melden haben, damit denselben die Arbeit vor hier aus nachgewiesen wird.

Literarisches.

Das Kinderschutzgesetz im Herzogtum Hessen. Unter diesem Titel hat Herr Gewerbetar Vöfler im Auftrage des hessischen Ministeriums einen Bericht herausgegeben über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes in Hessen. (Darmstadt, Staatsverlag.) Bei keinem Gesetz kommt es so sehr auf die Durchführung und Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen an, als beim Kinderschutzgesetz.

Das Protokoll der vierten Generalversammlung der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterbeschäftigung ist soeben erschienen. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Das Protokoll ist eine wertvolle Materialsammlung. Es unterrichtet über den landläufigen Protokollen dadurch, daß die wissenschaftlichen Referate über die behandelten Fragen ausführlich wiedergegeben sind.

„Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeiter.“ Unter diesem Titel ist in dem Kirch-Zentralverlag des Diözesanvereins Ausbreitungsverbandes eine Broschüre erschienen, die der Gewerkschaftssekretär Ferdinand Appel als Verfasser zeichnet. Die Broschüre ist als ein wertvolles Kulturkampfmittel gepaart mit einer graufigen Logik anzusehen.

Das „Reformblatt für Arbeiterversicherung.“ Herausgeber: Wessier Hans Seelmann Mitglied des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, erscheint zweimal monatlich unter Mitarbeit erster Autoren und berichtet über die Fortschritte der Arbeiterversicherung in allen Kulturstaaten. In der Rubrik „Archiv für Versicherungsreform“ wird das gesamte auf die Reform bezügliche Material gesammelt, so daß die Leserschaft des Reformblattes für alle Sozialpolitiker, die sich mit diesem wichtigen Problem beschäftigen, unentbehrlich ist.

Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben. Dieses Thema wurde bekanntlich vom Kollegen Giesberts auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Breslau behandelt. Der Kongress beschloß, das Referat in Broschürenform herauszugeben. Soeben ist diese Broschüre erschienen. Das Referat ist in derselben, durch die in der Diskussion hervorgetretenen wichtigeren Gesichtspunkte, sowie durch ein umfangreiches Nachwort erweitert worden.

Jedes Mitglied der christlichen Gewerkschaften sollte sich ein Exemplar beschaffen, da dies die erste kleine Schrift ist, die als Erläuterung des Programms der christlichen Gewerkschaften angesehen ist. Die Broschüre ist nach folgenden kleinen Kapiteln disponiert:

- I. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Verhältnisse der christlichen Gewerkschaftsbewegung und ihre Ursachen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins. Ist das Christentum ein fremdes Element in der Arbeiterbewegung. Unsere Stellung zu den laiz. Fachabteilungen. Die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterbewegung.
- II. Die christlichen Gewerkschaften in der Volkswirtschaft. Ursachen des Streiks. Die Entwicklung der Lohnarbeit in der Volkswirtschaft. Die Gewerkschaftsbewegung ist kein Hindernis für Fortentwicklung der Volkswirtschaft. Zusammenhang der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse für eine friedliche Entwicklung der Volkswirtschaft.
- III. Die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Unpolitischer Charakter der christlichen Gewerkschaften.

Soziale Wahlen.

Osnabrück i. B. Bei der am Sonntag, den 21. April d. J. stattgefundenen Gewerkschaftswahl für die Arbeitnehmer stieg die Liste der christlichen Arbeiterpartei mit 452 gegen 351 Stimmen der Sozialdemokraten. Dieses erfreuliche Resultat ist um so bedeutungsvoller, als die Sozialdemokraten alle Hebel in Bewegung setzten, um die Einführung der Verhältniswahl zu verhindern, was ihnen auch gelang.

Wiesbaden. Einen glänzenden Sieg erfochten die christlich-nationalen Arbeiter bei den Wahlen zur neu errichteten Ortskrankenkasse. Dank der unermüdbaren Agitation und Kleinarbeit ist es gelungen, von den 66 zu wählenden Vertretern 60 Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten in die Verwaltung der Ortskrankenkasse entsenden zu können. Die Sozialdemokraten erhielten 6 Vertreter. Von 682 abgegebenen Stimmen erhielten die christlichen Arbeiter 474 Stimmen und die sozialistischen Arbeiter 208.

Frankfurt a. M. Einen großen Stimmenzuwachs hatte die christlich-nationale Arbeiterpartei bei der am 21. Mai stattgefundenen Gewerkschaftswahl. Sie liegt von etwas über 500 bei der letzten Wahl auf 1298. Hatte sie bisher drei Vertreter, so erhielt sie jetzt deren vier. Die Genossen überboten sich bald in der angelegentlichsten Weise; sollten doch diesmal die Christlichen vollständig legitimiert werden, höchstens einen Vertreter sollten sie behalten. Das Gegenteil ist eingetreten und haben unsere Kollegen ihren vollen Anteil daran, denn sie haben gut gearbeitet. Das auch ein Ansporn sein zu weiteren Siegen.

Gerichtliche.

Essen a. S. Ruhr. Am 26. Mai kam der Bauereinsturz in der Curiastraße vom 9. September 1905 zur Verhandlung. Angeklagt waren der Bauunternehmer Frey und Polier Wolf. Bei dem Unglück blieben bekanntlich drei Personen tot, und verunglückte, darunter Frey selbst, zum Teil schwer verletzt. Das Unglück entstand dadurch, daß bei Anskhaltung der Betonarbeiten im zweiten Stock, welche zugleich als Dach dienen sollte, da der Bau nur provisorisch wurde, zusammenbrach, infolge der Verkantung der Umfassungsmauern mit mangelhafter, wodurch auch der Dach des ersten Stocks eingeschlagen wurde, wobei sämtliche Umfassungsmauern einstürzten. In wenigen Augenblicken war der ganze Bau ein Trümmerhaufen. Die jetzt eingetretene gerichtliche Untersuchung hatte den jetzigen Termin zur Folge. Zum Beweis wurde Frey allgemein gemacht, daß das denkbar schlechteste Material benutzt worden wäre, und darauf das Unglück zurückzuführen sei. Frey dagegen sagt aus, daß alles vorwärtsgegangen sei, und sagt sonderbarerweise als Beweis, daß der Bauwerkler, beauftragt haben konnte, nach der Bauart zu arbeiten. Das Nichtabbinden des Betons, die mangelhafte Ausführung der Einlagerungen und gegen ihn ausgesprochenen Vorwürfe während des vorausgegangenen Maurerstreiks. Der Angeklagte bezog sich hierbei auf ein bei den Akten befindliches Zeugnis des Herrn der Straßenbau-Inspektion, in dem er Kollegen in Wiesbaden, welcher mit der Begründung ausgesprochen war, daß die Mitglieder, daß solche Schaber-

Bezirk Südbayern. Mit Genehmigung des Zentralvorstandes besuchen wir auf Grund des § 8 unseres Statuts eine nach München ein.

Bezirks-Konferenz. Dieselbe findet am 23. Juni im Katholischen Gesellschaftshaus statt. Beginn der Konferenz vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung: 1. Bericht des Bezirksleiters, 2. Kassenbericht, 3. Berichte der Delegierten, 4. Ausbau unseres Bezirkes, 5. Beratung der Anträge, 6. Neuwahl des Bezirksvorstandes, 7. Berichtsbeneiz.

Die einzelnen Verwaltungs- bzw. Zahlstellen sind verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten hierfür haben die einzelnen Lokalkassen zu tragen. Die Wahl der Delegierten hat in den Mitgliederbesammlungen geheim zu erfolgen. Untertan, sowie die ausgebenen Fragebogen sind richtig ausgefüllt bis längstens 15. Juni an Unterzeichneten zu senden. Auch ist der Name und die Ankunft des Delegierten in München rechtzeitig mitzutellen.

Der Bezirksvorstand. S. A.: Joh. Brückner, München; Westermühlstr. 181. Tel.-N. 2462.

Versammlungskalender.

- Waltrop i. W. Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung bei Wirt, Sieverding. Argentan. Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 2 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal.

Terbetafel. Am 14. Mai starb unser Mitglied Fritz Römermann im Alter von 30 Jahren an Gehirnschlag. Verwaltungsstelle Hannover (Maurer). Am 28. Mai starb unser Mitglied Josef Krajewski im Alter von 48 Jahren infolge Schlaganfalls. Zahlstelle Allenstein. Am 31. Mai starb unser Mitglied Burkard Rehs im Alter von 38 Jahren an Lungenerleiden. Zahlstelle Gantenleben b. Würzburg. Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen-Teil.

Achtung! Zahlstelle Suderwich. Sonnabend, den 15. Juni, Mitgliederversammlung. Redner zur Stelle. Um zahlreiches Erscheinen bitten! (1,80) Der Vorstand.

Das Reich. Reichsliste nationale Deutsche Bewegung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,00 M., monatlich 25 Pf., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 2,50 M., monatlich 30 Pf., mehr. Das Reich ist täglich 12 Seiten stark und bringt Sonntags eine reich illustrierte, 8 Seiten starke Unterhaltungs-Beilage. Probenummern versendet unentgeltlich. Die Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Jungfernstieg 46.